

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 26. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie findet am

Dienstag, 07.11.2023, 17:00 Uhr,

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zu Niederschriften

1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 15.08.2023

1.2 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 12.09.2023

2. Fragestunde

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

4. Grundsatzbeschluss zur Steuerung des Ausbaus der Windenergie in Siegen

5. Satzung über die Beschaffenheit und Größe von Spielplätzen (private Anlagen) für Kleinkinder in der Stadt Siegen; hier: Anpassung der Satzung

6. Sachstandsbericht Modernisierung Straßenbeleuchtung - mündlicher Bericht

7. Sachstand Umsetzung des novellierten Verpackungsgesetzes

8. Sitzung der städtischen Baumkommission am 26.09.2023; hier: Beschlussempfehlungen der Baumkommission

9. Bericht der Stabsstelle Klimaschutz

10. Mitteilungen der Verwaltung

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zu Niederschriften

1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 15.08.2023

1.2 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 12.09.2023

2. Geplantes Bauvorhaben im Stadtgebiet Siegen

3. Verschiedenes

4. Mitteilungen an die Presse

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 26. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie

vom: **07.11.2023**

von: **17:00 Uhr**

bis: **18:02 Uhr**

Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie:

Stv Boller, Joachim	als Vorsitzender
Stv Becker, Melanie	
AM Bornhütter, Nils	
Stv Christian, Thomas	
AM Dinter, Oliver	
Stv Dylong, Barbara	
Stv Grimm, Benjamin	
Stv Groß, Michael	
Stv Hof, Felix	
AM Kammann, Jacob	
AM Klaas, Henner	bis 18:01 Uhr, TOP 11 öT
Stv Krumm, Heike	
AM Michel, Bärbel	
AM Schneider, Walter	
Stv Sondermann, Christian Paul	
Stv Dr. Zybill, Christian	

Beratende Mitglieder:

AM Katz, Heike	
AM Koplin, Olaf	
Stv Six, Annette	bis 17:59 Uhr, TOP 11 öT

IntRM Tahmaz, Hanan
AM Semper, Manfred
AM Zapletal, Martin

Von der Verwaltung:

VA Daub	Leiter StbSt Klima
VA Hinkel	AL 4/1
VA Meyer	AL 4/4
VA Bergholz	AL 4/6
VA Gebers	AL 4/7
Städt. OVR Diehl	AGL 2/2-3
VA Fey	AGL 4/4-3
VA Bockemühl	GB-Koordinator GB 4 bis 17:40 Uhr, TOP 6. öT
VA Krüger	StbSt Klima
VA Dornseifer, L.	2/2-3
VA Meier, V.	4/5-1
VA Meier, L.	Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

AM Stoker, Daniela
AM Häger, Stephan
AM Weiskirch, Jürgen
AM Wiegel, Roland

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Herr Boller weist vor Beginn der Sitzung darauf hin, dass ein Volt-Antrag zum Thema Umsetzungsstrategien für einen klimaresilienten Stadtumbau für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels, der vom Rat an den AfUKE verwiesen wurde, heute in Absprache mit der Volt-Fraktion nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Außerdem verweist er auf die zu TOP 2. nÖT nachgereichte Vorlage.

Der Ausschuss signalisiert Zustimmung.

1. Hinweise zu Niederschriften

1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 15.08.2023

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

1.2 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 12.09.2023

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

26. AfUKE 07.11.2023

2. Fragestunde

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

26. AfUKE 07.11.2023

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

26. AfUKE 07.11.2023

4. Grundsatzbeschluss zur Steuerung des Ausbaus der Windenergie in Siegen

Vorlage Nr. VL 1559/2023

Herr Meier gibt kurze Erläuterungen zu der Vorlage. Er weist darauf hin, dass es sich um einen Grundsatzbeschluss handle, der vorgebe, wie in der Regel zu verfahren sei. Ausnahmen für Einzelfälle seien nicht ausgeschlossen.

Seine Fraktion sei noch unentschlossen, wenn man berücksichtige, dass zum Thema Windkraft schon viel diskutiert und beschlossen worden sei, dies aber bisher nicht wirklich zu mehr Windkraft geführt habe, so Herr Groß. Man könne noch nicht einschätzen, ob der Beschluss die Attraktivität für Investoren steigern und werde sich daher heute noch enthalten.

Herr Meier erläutert, man habe Ausschlusskriterien angesetzt, die zu einer städtebaulichen Verträglichkeit führen. Die im Plan (Anlage zur Vorlage) weiß dargestellten Flächen stünden demnach unter diesem Aspekt zur Windenergieplanung zur Verfügung. Darüber hinaus gebe es weitere anzuwendende Kriterien - außerhalb städtischer Zuständigkeit - wie z. B. der Artenschutz, die berücksichtigt werden müssen. Für die tatsächliche Umsetzung von Windenergieanlagen sei außerdem jeweils noch ein weiterer Ratsbeschluss notwendig.

Herr Christian spricht sich dafür aus, diesen Handlungsrahmen zu beschließen. Die wenigen Potenzialflächen, die vorhanden seien, müssen ausgeschöpft werden. Die SPD-Fraktion werde daher zustimmen.

Auch Herr Klaas gibt bekannt, die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Hiermit werde Planungs- und Rechtssicherheit geschaffen.

Herr W. Schneider erkundigt sich, ob man einen Mindestabstand zur Wohnbebauung von 750 Metern oder 1.000 Metern festgelegt habe.

Herr Meier erläutert grundsätzlich, dass die Bezirksregierung über den Regionalplan sog. Windenergiebereiche darstelle, in denen zukünftig die Windenergieplanung privilegiert zulässig sei, sodass dort keine Flächennutzungsplanänderung notwendig werden. Der in der Vorlage beschriebene Grundsatzbeschluss regle nun darüberhinausgehende Flächen, die die Verwaltung als städtebaulich verträglich einstufe. Für diese Flächen könne zukünftig dann eine Flächennutzungsplanänderung vorgenommen werden, um dort Windenergie zu ermöglichen. Als städtebaulich verträglich habe man einen Mindestabstand von 750 Metern - was in etwa der dreifachen Anlagenhöhe entspreche - festgelegt.

Auf Nachfrage von Herrn Kammann erläutert Herr Meier, dass im derzeitigen Regionalplannentwurf für das Stadtgebiet Siegen lediglich eine Fläche in Niedersetzen vorgesehen sei.

Auf Nachfrage von Herrn Groß stellt Herr Meier da, dass der Grundsatzbeschluss eventuellen Projektierer mehr Sicherheit geben werde und vor diesem Hintergrund ggf. deren Interesse, Artenschutzgutachten zu beauftragen, höher sei.

Generell werde das Stadtgebiet Siegen beim Thema Windkraft nur einer Nebenrolle spielen, so die Einschätzung von Herrn Boller.

Herr Sondermann lobt die Vorlage, möchte jedoch dafür sensibilisieren, dass der Flächen-Halbkreis über Breitenbach, der einen Großteil der Potenzialflächen ausmache, nicht mit Windkraftanlagen zugestellt werde.

Auf Nachfragen von Herrn Boller und Herrn Groß stellt Herr Meier heraus, dass der Grundsatzbeschluss nicht ausschließe, dass nach Beteiligung und Zustimmung der Politik auch außerhalb der in der Vorlage ausgewiesenen Flächen Flächennutzungsplanänderungen zwecks Errichtung von Windenergieanlagen beschlossen werden können. Als Beispiele wird genannt, wenn der Mindestabstand zur Wohnbebauung die 750 Meter nur knapp unterschreite oder ein Windpark in einer angrenzenden Kommune errichtet werde und ein Windrad auf dem Stadtgebiet Siegen errichtet werden solle.

Bürger aus Obersetzen und Breitenbach seien mit den Entwicklungen überhaupt nicht einverstanden, so Frau Dylong. Die AfD-Fraktion positioniere sich zudem grundsätzlich gegen Windkraft, da es bessere Alternativen gebe.

Als Breitenbacher Bürger könne er die Aussage seiner Vorrednerin nicht bestätigen, so Herr Grimm.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, den Grundsatzbeschluss als informellen Handlungsleitfaden, um in der Regel das Verwaltungshandeln nach einheitlichen und nachvollziehbaren Kriterien vorzugeben.
2. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass Änderungen des Flächennutzungsplanes (Positivplanungen) erst in Frage kommen, wenn Windenergiebereiche im Regionalplan dargestellt sind und bekannt gemacht wurde, dass die Teilflächenziele für die Planungsregion Arnsberg erreicht werden.
3. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass Änderungen des Flächennutzungsplanes (Positivplanungen) den städtebaulichen Ausschlusskriterien gemäß Anlage 1 in der Regel nicht widersprechen sollen.
4. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass Änderungen des Flächennutzungsplanes (Positivplanungen) für Einzelanlagen in der Regel ausgeschlossen sind.
5. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass die erforderlichen Unterlagen, i.d.R. Planurkunde, Begründung und Umweltbericht sowie alle zusätzlich erforderlichen Gutachten durch den Flächeneigentümer oder den beauftragten Projektierer beizubringen sind.
6. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass während der Übergangsregelung das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen auf Flächen, die den Kriterien gemäß Anlage 1 nicht widersprechen, in der Regel nicht versagt werden soll.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, eine dagegen (AfD), 2 Enthaltungen (B'90/Grüne)

26. AfUKE 07.11.2023

- 5. Satzung über die Beschaffenheit und Größe von Spielplätzen (private Anlagen) für Kleinkinder in der Stadt Siegen;
 hier: Anpassung der Satzung**

Vorlage Nr. VL 1511/2023

Eine Nachfrage von Herrn Kammann wird abschließend von Herrn Bockemühl beantwortet.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt

1. die Anpassung der „Satzung über die Beschaffenheit und Größe von Spielplätzen (private Anlagen) für Kleinkinder in der Stadt Siegen“ anhand des beigefügten Satzungsentwurfs sowie
2. das Außerkrafttreten der alten „Satzung über die Beschaffenheit und Größe von Spielplätzen (private Anlagen) für Kleinkinder in der Stadt Siegen“ mit dem Inkrafttreten der neuen Satzung.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, eine Enthaltung (AfD)

26. AfUKE 07.11.2023

6. Sachstandsbericht Modernisierung Straßenbeleuchtung - mündlicher Bericht

Herr Hinkel trägt vor, dass die Modernisierung der Beleuchtung in drei Blöcke zu untergliedern sei, auf die er im Folgenden näher eingeht:

Block 1: Übernahme der Beleuchtung von Westnetz eingeschlossen mit dem spezifizierten Dienstleistungsvertrag.

Gegenstand der bisherigen Verhandlungen mit Westnetz waren Kaufpreis, technische Ausgestaltung sowie zukünftige Zusammenarbeit und deren finanzielle Auswirkungen auf die Stadt Siegen. Die juristischen und technischen Zusammenhänge haben sich in ihrer Komplexität in den bisherigen Gesprächen deutlich vielschichtiger herausgestellt als zu Beginn der Verhandlungen von beiden Seiten angenommen. Ein Zeitfenster sei aufgrund des Cyber-Angriffs derzeit schwierig.

Er gibt Informationen dazu, was bereits parallel läuft bzw. schon im Vorgriff vorbereitet wurde:

- Zur Koordination und Qualitätssicherung der Umsetzung der Modernisierungsmaßnahme wurde parallel bereits eine Softwarelösung evaluiert und im Probetrieb eingeführt.
- Für alle Straßen im Siegener Stadtgebiet sei mit dem Planungsbüro SwitchOn ein Beleuchtungsniveau definiert worden. Das Ergebnis sei in die Software eingepflegt worden. Für die Erarbeitung mussten vorab der Querschnitt und die Geschwindigkeitsbegrenzungen jeder Straße aufgenommen und eingearbeitet werden.

Block 2: Förderanträge

Festgelegt wurde, die Erneuerung über zwei einzelne Förderanträge abzudecken. Der erste Förderantrag sei zusammengestellt. Aufgrund des Cyber-Angriffs könne dieser aktuell nicht fertig bearbeitet und abgeschickt werden. Der zweite Antrag solle während der Umsetzung des ersten Förderpaketes gestellt werden. Vorgesehen sei / war eine Fertigstellung der Modernisierung in 2026/2027.

Block 3: Der Austausch von Beleuchtung ohne Förderung

Angeichts der Energiekrise im Jahr 2022 war für das Jahr 2023 vorgesehen, mit einem Haushaltsansatz von 1,0 Mio. € Seilleuchten ohne Förderung zu modernisieren.

Die Idee war, dass aufgrund der hohen Energiepreise die Einsparungen der Stromkosten etwa dem Förderansatz entsprechen. Die Energiekosten sind seit längerem wieder deutlich gesunken und eine Förderung wurde wieder ins Auge gefasst.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion werden zwei Nachfragen gestellt, die nachträglich im Protokoll beantwortet werden sollen.

Nachträgliche Antwort der Verwaltung:

Wie hoch ist die Energieersparnis?

Geschätzt wird eine Ersparnis von mindestens 50 % gegenüber dem Ist-Zustand. Das entspricht einer Einsparung von ca. 1.347 MWh Strom pro Jahr. Bezogen auf die CO2 Einsparung entspricht das etwa 500 t pro Jahr.

*Ist die Fußgängerüberweg-Beleuchtung Bestandteil der Modernisierung?
Die Beleuchtung der FGÜ stellen eine Besonderheit dar, u.a. weil diese anders geschaltet werden müssen. Eine Erneuerung wird aber im Zuge der Modernisierung der Straßenbeleuchtung mitgedacht.*

26. AfUKE 07.11.2023

7. Sachstand Umsetzung des novellierten Verpackungsgesetzes

Herr Diehl führt aus, er sehe hier aus Sicht der Verwaltung wenig Instrumentarien, um entsprechend zu regeln/ einzugreifen.

Hier müssten ggf. auch noch andere Abteilungen wie das Ordnungsamt - von denen niemand in der Sitzung anwesend sei - beteiligt werden.

Unter diesem Hintergrund und da der Antrag aufgrund des Cyber-Angriffs sehr verspätet an die Abteilungen zugestellt wurde, solle der Punkt vertagt werden, so Herr Boller.

Das Gremium signalisiert Zustimmung.

26. AfUKE 07.11.2023

8. Sitzung der städtischen Baumkommission am 26.09.2023; hier: Beschlussempfehlungen der Baumkommission

Vorlage Nr. VL 1552/2023

Herr Klaas weist darauf hin, dass auch die nichtöffentlichen Teile des Protokolls hier im öffentlichen Teil der AfUKE-Sitzung behandelt werden und bittet, dies zukünftig anders zu handhaben.

Auf Nachfrage von Herrn Groß bezüglich ausstehender Ersatzpflanzungen antwortet Herr Bergholz, dass man eine entsprechende Liste versuche bis zur nächsten Sitzung zusammenzustellen.

26. AfUKE 07.11.2023

9. Bericht der Stabsstelle Klimaschutz

Der Bericht ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

26. AfUKE 07.11.2023

10. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

26. AfUKE 07.11.2023

gez. Boller
Vorsitzender

gez. Meier
Schriftführerin

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Stadtentwicklung
Bearbeitet von: Herr Daschke, Frau Krippendorf, Herr Meier

Siegen, 10.10.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie	07.11.2023
Bauausschuss	08.11.2023
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	09.11.2023
Haupt- und Finanzausschuss	15.11.2023
Rat	22.11.2023

Kurzbezeichnung:

Grundsatzbeschluss zur Steuerung des Ausbaus der Windenergie in Siegen

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, den Grundsatzbeschluss als informellen Handlungsleitfaden, um in der Regel das Verwaltungshandeln nach einheitlichen und nachvollziehbaren Kriterien vorzugeben.
2. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass Änderungen des Flächennutzungsplanes (Positivplanungen) erst in Frage kommen, wenn Windenergiebereiche im Regionalplan dargestellt sind und bekannt gemacht wurde, dass die Teilflächenziele für die Planungsregion Arnsberg erreicht werden.
3. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass Änderungen des Flächennutzungsplanes (Positivplanungen) den städtebaulichen Ausschlusskriterien gemäß Anlage 1 in der Regel nicht widersprechen sollen.
4. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass Änderungen des Flächennutzungsplanes (Positivplanungen) für Einzelanlagen in der Regel ausgeschlossen sind.
5. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass die erforderlichen Unterlagen, i.d.R. Planurkunde, Begründung und Umweltbericht sowie alle zusätzlich erforderlichen Gutachten durch den Flächeneigentümer oder den beauftragten Projektierer beizubringen sind.
6. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass während der Übergangsregelung das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen zu gewährleisten ist.

gieanlagen auf Flächen, die den Kriterien gemäß Anlage 1 nicht widersprechen, in der Regel nicht versagt werden soll.

Sachverhalt / Begründung:

Erfordernis für einen Grundsatzbeschluss

- In der jüngeren Vergangenheit haben mehrere Waldgenossenschaften und Flächeneigentümer ihre Überlegungen an die Verwaltung herangetragen, ihre Flächen im Siegener Stadtgebiet für die Errichtung von Windenergieanlagen zur Verfügung zu stellen.
- Aufgrund der aktuellen Rechtslage während der Übergangszeit bis zum Inkrafttreten der auf Grundlage des Landesentwicklungsplans angepassten Regionalplanung und vor allem im Hinblick auf die Rechtsfolgen, wenn für die Planungsregion Arnsberg die Erreichung ihres Teilflächenziels festgestellt wird, **besteht seitens der Verwaltung das Erfordernis, einen Grundsatzbeschluss zu treffen, um Anfragen einheitlich und auf Basis von nachvollziehbaren Kriterien beantworten zu können.**
- Auch sollen die Kriterien während des Übergangszeitraumes dazu herangezogen werden, wenn Anträge beim Kreis Siegen-Wittgenstein eingereicht werden und das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB abgefragt wird.
- Ziel ist es auch, eine grundsätzliche Haltung vorzugeben, unter welchen Voraussetzungen zukünftig Änderungen des Flächennutzungsplanes (Positivplanungen) für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen im Außenbereich über die Teilflächenziele hinaus ermöglicht werden sollen.
- Der Grundsatzbeschluss soll einen informellen Handlungsleitfaden darstellen und hat keine rechtliche Bindewirkung wie eine Konzentrationszonenplanung oder eine Änderung des Flächennutzungsplanes. Daher sind die hier anzulegenden Bedingungen rechtlich nicht normiert und deutlich geringer.

Allgemeine Rechtslage

Mit der Einführung des Wind-an-Land-Gesetzes und den Änderungen im Baugesetzbuch (BauGB) hat der Bundesgesetzgeber eine neue Planungssystematik zur Steuerung der Windenergie eingeführt.

In Nordrhein-Westfalen sollen 1,8 % der Landesfläche der Windenergie zur Verfügung gestellt werden. Um dies zu erreichen, wird derzeit der Landesentwicklungsplan geändert und gibt für die sechs Planungsregionen Teilflächenziele von insgesamt 61.613 ha vor, was dieser Vorgabe entspricht. Für die Planungsregion Arnsberg wird ein Teilflächenziel von mindestens 13.186 ha vorgegeben, welches das Mindestmaß an Flächen, die der Windenergie zur Verfügung gestellt werden sollen, darstellt. Dieses Teilflächenziel soll erreicht werden, in dem in dem laufenden Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplanes Arnsberg – räumlicher Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein – Windenergiebereiche dargestellt werden, die diese Flächenvorgabe erfüllen. Die Bezirksregierung Arnsberg visiert eine Flächenkulisse mit einem Sicherheitspuffer von insgesamt ca. 14.000 ha an.

Bis dieses Ziel im Regionalplan Arnsberg umgesetzt wird, enthält der Entwurf des Landesentwicklungsplanes NRW eine Übergangsregelung.

Sobald die Planungsregion Arnsberg das Teilflächenziel von mindestens 13.186 ha erreicht und dieses bekannt gemacht wird, entstehen neue Rechtsfolgen hinsichtlich der Zulässigkeit von Windenergieanlagen im Außenbereich.

Die Übergangsregelung

Gemäß Ziel 10.2-13 LEP-Entwurf (LEP-E) soll der Zubau von Windkraftanlagen bis zum Inkrafttreten der auf Grundlage des Landesentwicklungsplans angepassten jeweiligen Regionalplanung (Übergangszeitraum) auf Flächen erfolgen, die die regionalen Planungsträger in ihren Planentwürfen bereits vorsehen. Außerhalb dieser Flächen widerspricht der Zubau in der Übergangszeit dem Steuerungsziel, soweit dieses nicht anderweitig gewahrt ist. Einem raumbedeutsamen Anlagenzubau außerhalb der vorbezeichneten Gebiete soll während des Übergangszeitraums im begründeten Einzelfall jeweils mit Maßnahmen des Raumordnungsrechts (§§ 12 des Raumordnungsgesetzes, 36 des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen) begegnet werden. Dies bedeutet, dass die Entscheidung über die Zulässigkeit einer Windenergieanlage im Einzelfall ausgesetzt werden soll (Zurückstellung, bis der Regionalplan den Mindestausbau der Windenergie über Windenergiebereiche steuert).

Bis zum Inkrafttreten der Änderung des Landesentwicklungsplanes regelt der Erlass *Ziele in Aufstellung*, dass die in Aufstellung befindlichen Ziele des LEP-Entwurfes als sonstige Erfordernisse der Raumordnung in der Abwägung und bei Ermessensentscheidungen bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen sind.

Darüber hinaus regelt der *Erlass zur Lenkung des Windenergieausbaus in der Übergangszeit* vom 21.09.2023, wie die Übergangsregelung, Ziel 10.2-13 LEP-E, umgesetzt werden soll.

Hinweis zum Repowering:

Der *Erlass zur Lenkung des Windenergieausbaus in der Übergangszeit* weist auf die Zulässigkeit eines Repowering unter den Voraussetzungen des § 245 e Absatz 3 BauGB auch außerhalb der Windenergiegebiete der Regional- und Bauleitplanung hin. Eine Zurückstellung ist dann ausgeschlossen.

Im Stadtgebiet Siegen existieren zwei Bestandsanlagen, die unter diese Regelung fallen.

Geht ein Antrag zur Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen bei der Genehmigungsbehörde, dem Kreis Siegen-Wittgenstein ein, wird die Stadt Siegen gemäß § 36 BauGB beteiligt.

Gemäß den Ausführungen des Erlasses bestehen folgende Handlungsoptionen:

1. Das gemeindliche Einvernehmen wird versagt

Punkt 3c - Erlass zur Lenkung des Windenergieausbaus in der Übergangszeit

Verweigert die Gemeinde ihr Einvernehmen im Hinblick LEP Ziel 10-2.13, prüft die immissionsschutzrechtliche Genehmigungsbehörde dies und beteiligt die Bezirksregierung. Diese prüft, ob die gesetzlichen Voraussetzungen und die Regelungen dieses Erlasses für eine Aussetzung erfüllt sind. Bejaht sie dies, bittet sie ein noch einzurichtendes Vermittlerteam in-

nerhalb einer angemessenen Frist (in der Regel 1 Monat) auf eine einvernehmliche Regelung hinzuwirken. Näheres zur Organisation des Vermittlerteams regelt die Landesplanungsbehörde durch eine Geschäftsordnung.

Kommt eine einvernehmliche Regelung nicht zustande, weist sie unter Ausübung ihres pflichtgemäßen Ermessens die immissionsschutzrechtliche Genehmigungsbehörde nach § 36 Abs. 2 LP1G an, die Entscheidung über die Zulässigkeit des beantragten Vorhabens befristet auszusetzen. Hierbei ist der Vorhabenträger von der Immissionsschutzbehörde nach § 28 VwVfG NRW anzuhören. Solange keine Anweisung der Bezirksregierung erfolgt ist, hat die immissionsschutzrechtliche Genehmigungsbehörde den Genehmigungsantrag weiter zu bearbeiten. Die Genehmigungsentscheidung wird nicht vor Ablauf der gesetzlich vorgesehenen Monatsfrist für die Fachbehördenbeteiligung nach § 10 Abs. 5 BImSchG in Verbindung mit § 11 der 9. BImSchV, d.h. nicht vor Ablauf eines Monats nach Beteiligung der Bezirksregierung getroffen.

Punkt 3d - Erlass zur Lenkung des Windenergieausbaus in der Übergangszeit

Eine befristete Aussetzung bemisst sich nach dem voraussichtlichen weiteren Zeitbedarf des betreffenden Regionalplans und den gesetzlichen Fristen. Sie ist längstens bis zur Feststellung der Flächenbeitragswerte der Planungsregion (Ziel 10.2-2) oder bis zum 01.06.25 vorzunehmen. Die Bezirksregierung hebt bestehende Anweisungen zur Aussetzung auf, sobald das Vorhaben innerhalb einer der von den regionalen Planungsträgern vorgesehenen Gebietskultisse liegt oder das Einvernehmen der Gemeinde nachträglich erteilt wird. Die Aufhebung der Anweisung ist als auflösende Bedingung in die Aussetzungsverfügung aufzunehmen.

Auszug aus Punkt 3 - Erlass zur Lenkung des Windenergieausbaus in der Übergangszeit:

Eine etwaige Entschädigungspflicht aufgrund einer unzulässig angeordneten Zurückstellung trägt stets das für Fragen der erneuerbaren Energien zuständige Ressort (und nicht die lediglich ausführenden Kreise oder kreisfreien Städte oder ihr Einvernehmen verweigernden Kommunen).

Auch aus der Berücksichtigung der Ziffer 2.1 [Anmerkung seitens der Stadt: Umgang mit fehlerhaften Bauleitplänen] dieses Erlasses sich ergebende mögliche staatliche Entschädigungspflichten trägt bzw. übernimmt das für Fragen der erneuerbaren Energien zuständige Ressort. Dies gilt unabhängig der Rechtsgrundlage der Verpflichtung (§§ 35 f. LPiG, § 39 OBG, sonstige Amtshaftungsansprüche).

Eine Prüfung der Anträge hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung (Ziel 10.2-13) durch die Bezirksregierung Arnsberg erfolgt nur, wenn die Stadt das gemeindliche Einvernehmen verweigert.

2. Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt

Punkt 3b - Erlass zur Lenkung des Windenergieausbaus in der Übergangszeit

Die Aussetzung der Entscheidung über die Zulässigkeit erfolgt im Einvernehmen mit der Gemeinde im Sinne von LEP Ziel 10-2.13 durch den Kreis oder die kreisfreie Stadt als zuständige immissionsschutzrechtliche Genehmigungsbehörde. Hierzu wird die Gemeinde im immissionsschutzrechtlichen Verfahren mit der dort üblichen Frist beteiligt. Erteilt die Gemeinde ihr Einvernehmen im Rahmen des BImSchG-Genehmigungsverfahrens, ist keine weitere Prüfung

einer Vereinbarkeit mit LEP-Ziel 10-2.13 erforderlich. Eine Beteiligung der Bezirksregierung Arnsberg erfolgt nicht.

3. Das gemeindliche Einvernehmen gilt durch Fristablauf als erteilt

Mit Ablauf der Frist von zwei Monaten gilt das Einvernehmen als erteilt und es wird auf die Ausführungen zu Punkt 2 verwiesen. Eine Beteiligung der Bezirksregierung Arnsberg erfolgt nicht.

Rechtsfolgen nach Erreichen der Teilflächenziele

Sobald der Planungsträger, die Bezirksregierung Arnsberg, das Erreichen des Teilflächenziels für die Planungsregion Arnsberg von mindestens 13.186 ha durch Ausweisung von Windenergiebereichen im Regionalplan feststellt, gilt die Privilegierung gemäß § 35 Absatz 1 BauGB ausschließlich innerhalb dieser Windenergiebereiche.

Außerhalb der Windenergiebereiche sind Windenergieanlagen im Außenbereich lediglich noch unter den Voraussetzungen des § 35 Absatz 2 BauGB (Sonstige Vorhaben) zulässig.

Gemäß § 35 Absatz 2 BauGB sind Vorhaben nur zulässig, wenn öffentliche Belange (z. B. Darstellungen im Flächennutzungsplan) nicht beeinträchtigt werden und die ausreichende Erschließung gesichert ist. Ferner dürfen raumbedeutsame Vorhaben den Zielen der Raumordnung nicht widersprechen.

Dies wird die Genehmigung von Windenergieanlagen in den meisten Fällen ausschließen. Um dennoch Flächen für den Ausbau der Windenergie über das Mindestmaß entsprechend der Teilflächenziele hinaus zu ermöglichen, muss zukünftig der Flächennutzungsplan geändert werden (Positivplanung).

Situation im Stadtgebiet Siegen

Im Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplanes Arnsberg (Stand November 2020) ist derzeit nur in der Gemarkung Obersetzen ein Windenergiebereich dargestellt. Mit einem sogenannten Anpassungsbeschluss im Regionalrat möchte der Planungsträger die Flächenkulisse für Windenergiebereiche entsprechend den gesetzlichen Vorgaben anpassen. Das angepasste Windenergiekonzept der Bezirksregierung soll an den Abständen von 1.000 m zu Siedlungsbereichen festhalten. Der entsprechende Beschluss steht aber noch aus.

Sofern das angepasste Konzept beschlossen wird, zeichnet sich nach ersten Erkenntnissen ab, dass für das Stadtgebiet Siegen keine wesentlichen Änderungen zu erwarten sind.

Dies bedeutet, dass im Stadtgebiet im Außenbereich nur innerhalb von Windenergiebereichen (bisher nur die o.g. Fläche in Obersetzen) und darüber hinaus in Einzelfällen (z.B. Vorrangflächen der 28. FNP-Änderung) Windenergieanlagen genehmigungsfähig sind. Um weitere Flächen für den Ausbau der Windenergie zur Verfügung zu stellen, muss der Flächennutzungsplan geändert werden.

Inhalt des Grundsatzbeschlusses

Aus Sicht der Stadt Siegen sollte zunächst ersichtlich sein, welche Windenergiebereiche im Stadtgebiet im Regionalplan durch die Bezirksregierung Arnsberg ausgewiesen werden sollen. Die nicht erforderliche Überplanung von Flächen, die im Regionalplan als Windenergiebereiche ausgewiesen werden, kann dadurch vermieden werden. Es zeichnet sich allerdings

ab, dass nur wenige Flächen im Stadtgebiet als Windenergiebereiche im Regionalplan dargestellt werden. Zudem Bedarf es einer Regelung für Anträge während der Übergangsregelung.

Die Verwaltung schlägt vor,

1. zukünftige Änderungen des Flächennutzungsplanes (Positivplanungen) aus Gründen der Gleichbehandlung an einheitlichen städtebaulichen Ausschlusskriterien auszurichten,
2. die städtebaulichen Ausschlusskriterien sowohl am Planungskonzept zur 85. FNP-Änderung sowie der Ausschlusskriterien der Kategorie „Siedlung“ der Flächenanalyse Wind vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV, Mai 2023) zu orientieren und die Kriterien um Flächenreserven und potenzielle Gebietsentwicklungen zu erweitern,
3. Planverfahren für Einzelanlagen auszuschließen und
4. die städtebaulichen Ausschlusskriterien auch während der Übergangsregelung hinsichtlich der Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens anzuwenden.

Zu 1.: Einheitliche städtebauliche Ausschlusskriterien

Aufgrund von vermehrten Nachfragen ist aus Gleichbehandlungsgründen ein Kriterienkatalog zielführend, um diese Anfragen einheitlich und abgestimmt beantworten zu können.

Zu 2.: Städtebauliche Ausschlusskriterien

Ziel der Verwaltung ist ein Konzept, welches auf der einen Seite eine übermäßige Belastung der Bevölkerung vermeidet und auf der anderen Seite Flächen für den Ausbau der Windenergie über die Windenergiebereiche im Regionalplan hinaus zur Verfügung stellt. Aufgrund der Zuständigkeiten sind hier die städtebaulichen Kriterien ausschlaggebend. Eine Überprüfung, inwieweit Flächen aufgrund anderer Belange (z. B. Umweltbelange) ausscheiden, liegt in der Verantwortung der Projektierenden.

Das Planungskonzept der 85. FNP-Änderung sah folgende städtebauliche Kategorien vor:

„Harte Tabuzone“ Kriterien / Belange:

- Siedlungsbereiche (mit Schutzzone 600 m)
(Kleinsiedlungsgebiete, reine, allgemeine und besondere Wohngebiete, Dorf-, Misch- und Kerngebiete)
- Einzelwohnlagen (mit Schutzzone 400m)
- Gewerbegebiete
- Gemeinbedarfsflächen
- Sonderbauflächen, baulich genutzt

„Weiche Tabuzone“ Kriterien / Belange:

- Siedlungsbereiche (mit Schutzzone 800 m)
(Kleinsiedlungsgebiete, reine, allgemeine und besondere Wohngebiete, Dorf-, Misch- und Kerngebiete)

- In Planung befindliche Gewerbegebiete
- Mindestanzahl von Anlagen im räumlichen Zusammenhang und Mindestflächengröße einer Zone

Die Flächenanalyse Wind vom LANUV (Mai 2023) definiert in der Kategorie Siedlung folgende Ausschlusskriterien:

Kategorie	Kriterium / Ausschlussfläche	Abstandsbereich / Ausschluss im Umkreis
Siedlung	Wohngebäude sowie Kur- und Klinikgebäude inkl. Abstand Innenbereich, Kur- und Klinikgebäude	Innenbereich, Kur- und Klinikgebäude: 700 m; Außenbereich: 500 m
Siedlung	Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) inkl. Abstand	700 m
Siedlung	Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB)	
Siedlung	Industrie- und Gewerbeflächen	
Siedlung	staatlich anerkannte Kur- und Erholungsgebiete inkl. Abstand	500 m
Siedlung	Kur- und Klinikflächen	
Siedlung	Wochenendhausgebiete, Ferienhausgebiete, Campingplätze inkl. Abstand	500 m

Die Ausschlusskriterien für zukünftige Positivplanungen sind in der **Anlage 1** zusammengefasst. Grundlegend ist festzuhalten, dass zu Flächen im Innenbereich, in denen bauliche Anlagen zu Wohnzwecken zulässig sind oder geplant werden können, mindestens ein Abstand von 750 Metern eingehalten werden soll. Zu Flächen im Außenbereich, in denen bauliche Anlagen zu Wohnzwecken zulässig sind, beträgt der Mindestabstand 500 Meter. Um sensible Nutzungen, wie beispielsweise Kliniken, soll der Abstand grundsätzlich mindestens 750 Meter betragen.

Aus Sicht der Verwaltung scheint ein Abstand von 750 Metern zu Wohnnutzungen im Innenbereich oder sensiblen Nutzungen wie beispielsweise Kliniken städtebaulich verträglich und entspricht in etwa der dreifachen Anlagenhöhe einer Anlage, die dem heutigen Stand der Technik entspricht. Im Außenbereich besteht ein geringerer Schutzanspruch und der Abstand sollte sich am zweifachen der Anlagenhöhe (optisch bedrängende Wirkung) ausrichten und 500 Meter betragen.

Anlage 2 zeigt auf, welche Flächenkulisse nach den Kriterien gemäß Anlage 1 für den weiteren Windenergieausbau in Frage kommt. Die exakte Definition des planungsrechtlichen Innenbereiches ist nur unter großem Aufwand möglich. Als Behelfsgröße wurde der ATKIS-Datenbestand der Flächenanalyse Wind vom LANUV herangezogen und bekannte Fehler korrigiert. Die Kriterien sind bei jedem Antrag aktuell zu prüfen.

Zu 3: Ausschluss von Planverfahren für Einzelanlagen

Die Änderung des Flächennutzungsplanes ist im BauGB geregelt. Auch wenn alle erforderlichen Unterlagen durch den Eigentümer/ den Projektierer beauftragt werden, bedeutet die Durchführung eines Planverfahrens immer auch einen Aufwand und den Einsatz personeller Ressourcen für die Stadt. Daher sollte der Aufwand gegenüber dem Ertrag vertretbar sein und keine Planung für eine einzelne Anlage erfolgen.

Zu 4: Anwendung der städtebaulichen Ausschlusskriterien während der Übergangsregelung

In der Übergangsphase soll der Zubau vornehmlich auf Flächen erfolgen, die der Regionalplanungsträger im Regionalplanentwurf vorgesehen hat. Dies wäre derzeit nur in der Gemarkung Obersetzen der Fall. Um eine Überprüfung durch die Bezirksregierung von Anträgen sicherzustellen, muss die Stadt das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB versagen, da ansonsten keine Überprüfung hinsichtlich Ziel 10.2-13 LEP-E vorgesehen ist.

Aus Sicht der Verwaltung macht dies nur Sinn, wenn es sich um Anlagen auf Flächen handelt, die nicht für eine spätere Positivplanung in Frage kommen. Ein mögliches Planverfahren könnte somit vermieden werden. Da kein Planverfahren erforderlich ist, fallen auch Einzelanlagen unter diese Regelung.

Vorgehensweise während des Übergangszeitraumes

Alle Anträge werden den politischen Gremien zur Beratung vorgelegt.

1. Die Anlage liegt / Die Anlagen liegen außerhalb der Ausschlusskriterien gemäß **Anlage 1**
Der Beschlussvorschlag verweist auf den Grundsatzbeschluss und sieht vor, das gemeindliche Einvernehmen nicht zu verweigern (Handlungsoption 2 oder 3).
2. Die Anlage liegt / Die Anlagen liegen innerhalb der Ausschlusskriterien gemäß **Anlage 1** und außerhalb von Windenergiebereichen im Regionalplanentwurf
Der Beschlussvorschlag verweist auf den Grundsatzbeschluss und sieht vor, das gemeindliche Einvernehmen zu verweigern, um eine Überprüfung der Planung hinsichtlich der Übergangsregelung durch die Bezirksregierung Arnsberg sicherzustellen (Handlungsoption 1).

Vorgehensweise nach Erreichen der Teilflächenziele für Positivplanungen

1. Die Anlagen liegen innerhalb der Ausschlusskriterien gemäß **Anlage 1**
Eine politische Beratung erfolgt nicht. Die Verwaltung lehnt die Planung ab.
2. Die Anlagen liegen außerhalb der Ausschlusskriterien gemäß **Anlage 1**
Die Verwaltung legt die Planung den politischen Gremien mit Verweis auf den Grundsatzbeschluss zur Beratung vor. Der Beschlussvorschlag sieht vor, den Flächennutzungsplan zu ändern.

Hierzu müssen die Flächeneigentümerinnen/ die Flächeneigentümer bzw. die beauftragten Projektierenden mindestens folgende Unterlagen vorlegen:

- Das Plangebiet mit Darstellung der Lage und Höhe der geplanten Anlagen (mit Angabe der Koordinaten)
- Schriftliche Zustimmung, dass alle erforderlichen Unterlagen wie Planurkunde, Begründung und Umweltbericht sowie alle erforderlichen Gutachten durch die Eigentümer/ Projektierenden beauftragt werden.

Fazit

Mit diesem Grundsatzbeschluss wird aufgezeigt, unter welchen Voraussetzungen Windenergieanlagen außerhalb von Windenergiebereichen im Regionalplan im Stadtgebiet Siegen zukünftig und auch bereits während des Übergangszeitraumes möglich sind. Die Stadt Siegen kann somit ihren Beitrag zum Ausbau der Windenergie beitragen.

Die Verwaltung wird darüber hinaus in die Lage versetzt, einheitlich und abgestimmt Anfragen zu diesem Thema beantworten zu können.

Die Verwaltung empfiehlt, diesem Grundsatzbeschluss zuzustimmen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input checked="" type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja

Erläuterung Klimarelevanz

Der Grundsatzbeschluss sieht eine mögliche Flächenkulisse für den Ausbau der Windenergie vor und kann im konkreten Anwendungsfall dazu beitragen Emissionen einzusparen.

Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

Windenergieanlagen können mehrere Tausend Haushalte mit klimafreundlichen Strom versorgen, welcher gegenüber dem deutschen Strom-Mix einen erheblich besseren Emissionsfaktor aufweist und somit zur CO₂-Reduktion einen großen Beitrag leisten kann.

Die Leitziele Ver- und Entsorgung im Zielkonzept Klimaschutz und Klimaanpassung umfassen unter anderem das Ziel die Nutzung lokaler Energiepotenziale (u.a. regenerative Energien) auszubauen.

Die Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien (Strom und Wärme) im Stadtgebiet Siegen auf 25% bis 2030 (bezogen auf 1990) ist Bestandteil des Zielkonzeptes. Der Grundsatzbeschluss sieht eine mögliche Flächenkulisse vor und kann im konkreten Anwendungsfall dazu beitragen sich dem Ziel anzunähern.

Es gibt (vermutlich) keine alternativen Handlungsoptionen. Der Bedarf an erneuerbaren Energien ist in Siegen enorm, sowohl für die Industrie als auch für die Sektorkopplung (Next Energy Hub, E-Mobilität, Wärmepumpen), sodass zum Ausbau der Windenergie im Rahmen der begrenzten Potenziale keine Alternative besteht.

In Vertretung

gez.

Henrik Schumann

Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

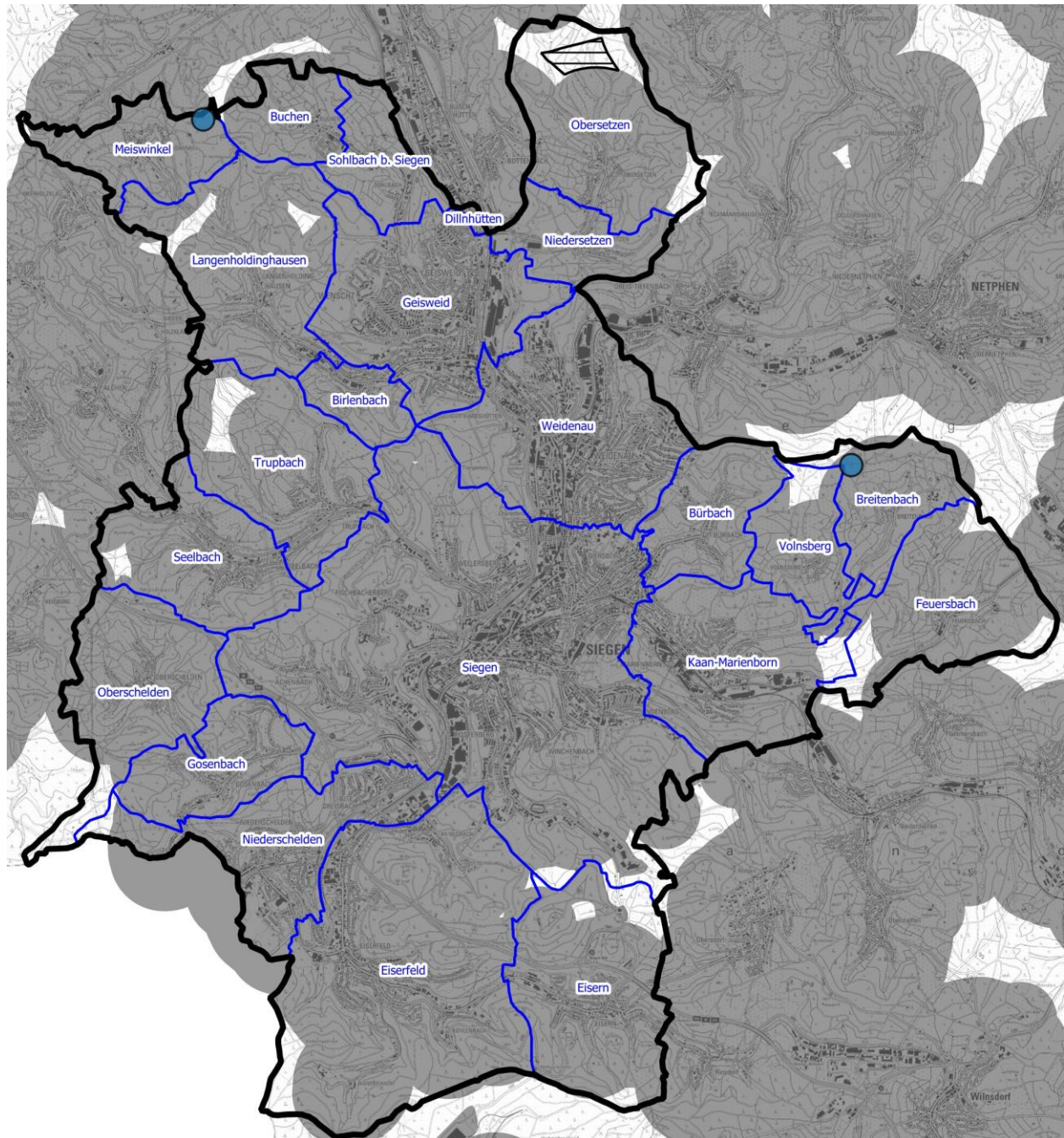
- [Anlage 1: Ausschlusskriterien](#)
- [Anlage 2: Übersichtsgrafik](#)

Anlage 1: Ausschlusskriterien und Ausschlussflächen

Ausschlusskriterium / Ausschlussfläche	Ausschluss im Umkreis
Siedlungsflächen	
Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) im Regionalplan	750 m
Flächen im Innenbereich, in denen die bauliche Nutzung zu Wohnzwecken zulässig ist (<u>§ 30 BauGB, § 34 BauGB</u>)	750 m
Wohn- und Mischbauflächen im FNP (inklusive Flächenreserven)	750 m
Flächen aus dem Wohnbauflächenkonzept 2018, die mindestens in der Kategorie „niedrige Priorität“ eingestuft sind	750 m
Wohnbauflächenentwicklungen außerhalb der zuvor aufgeführten Flächen*	750 m
Zulässige bauliche Nutzung zu Wohnzwecken <u>im Außenbereich (§ 35 BauGB)</u>	500 m
Wochenendhausgebiete, Ferienhausgebiete, Campingplätze	500 m
Flächen für sensible Nutzungen	
Flächen im Innen- und Außenbereich, in denen die bauliche Nutzung für sensible Nutzungen zulässig ist (z.B. Kliniken)	750 m
Industrie- und Gewerbeflächen <i>Aufgrund eines Mangels an Gewerbeflächen sollen diese in erster Linie gewerblich entwickelt werden. Im Rahmen der Bebauungsplanung für industrielle und / oder gewerbliche Nutzungen sollen Arrondierungs- und Restflächen für die Nutzung von Wind- und Sonnenenergie freigegeben werden, sofern dadurch keine Erweiterungsmöglichkeiten eingeschränkt werden.</i>	
Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) im Regionalplan sowie im Regionalplan-Entwurf	kein Abstand
Gewerbliche Bauflächen im Flächennutzungsplan	kein Abstand

* Auffangtatbestand, wenn beabsichtigte Flächenentwicklungen noch nicht in neues Planungsrecht umgesetzt wurden.

Anlage 2: Übersichtskarte der Ausschlussflächen



- grau = Ausschlussflächen gem. der in Anlage 1 aufgeführten Kriterien
- weiß = politische Beratung über eine Positivplanung
- = Bestandsanlagen (Breitenbach und Meiswinkel)
- ▨ = Windenergiebereich im Regionalplanentwurf

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Beigeordneter 4
Bearbeitet von: Herr Bockemühl

Siegen, 07.09.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie	07.11.2023
Bauausschuss	08.11.2023
Haupt- und Finanzausschuss	15.11.2023
Rat	22.11.2023

Kurzbezeichnung:

**Satzung über die Beschaffenheit und Größe von Spielplätzen (private Anlagen) für Kleinkinder in der Stadt Siegen;
hier: Anpassung der Satzung**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt

1. die Anpassung der „Satzung über die Beschaffenheit und Größe von Spielplätzen (private Anlagen) für Kleinkinder in der Stadt Siegen“ anhand des beigefügten Satzungsentwurfs sowie
2. das Außerkrafttreten der alten „Satzung über die Beschaffenheit und Größe von Spielplätzen (private Anlagen) für Kleinkinder in der Stadt Siegen“ mit dem Inkrafttreten der neuen Satzung.

Sachverhalt / Begründung:

Ausgangslage:

Die bestehende „Satzung über die Beschaffenheit und Größe von Spielplätzen (private Anlagen) für Kleinkinder in der Stadt Siegen“ (Ordnungsziffer 67.020) datiert aus dem Jahr 1977. Diese regelt die Herstellungspflicht von Spielflächen für Kleinkinder bei privaten Wohnungsbauvorhaben (Mehrfamilienhäuser). Eine Aktualisierung ist im Hinblick auf die Gesetzesgrundlage geboten, um Rechtssicherheit zu gewährleisten. Zusätzlich werden redaktionelle

Änderungen vorgenommen. Inhaltliche Änderungen ergeben sich nach verwaltungsinterner Prüfung, insbesondere durch die Abteilungen 4/3 Bauaufsicht, 4/6 Grünflächen und 5/2 Kinder-, Jugend- und Familienförderung, dagegen nur wenige. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Anpassungen an die aktuelle Bauordnung (BauO NRW). Die Änderungen sind im beigefügten Satzungsentwurf farblich hervorgehoben.

Regelungsinhalte:

Neben redaktionellen Änderungen wird die Satzung bezüglich folgender Inhalte aktualisiert:

- Präambel, §§ 1, 7 und 4 Abs. 5: Anpassungen an die aktuelle BauO und die Gemeindeordnung gewährleisten Rechtssicherheit und verdeutlichen die ohnehin geltenden Regelungen höherrangiger Gesetzgebungen, insbes. § 8 Abs. 4 BauO NRW. Darin wird zum einen die Herstellungspflicht bei privaten Wohnanlagen mit mehr als drei (zuvor mehr als zwei) Wohneinheiten, zum anderen der Aspekt der Barrierefreiheit festgeschrieben.
- § 3 Abs. 2: Neben der Sicherung vor Gefahren auf den Spielflächen werden nun auch ausdrücklich die Zugangsbereiche in diese Regelung aufgenommen.
- § 4 Abs. 1 und 3 sowie § 5 Abs. 3: Bezüglich stoßdämpfender Materialien für den Untergrund von Spielflächen, der Beschaffenheit von Spielgeräten und der Kontrollpflicht bei öffentlich zugänglichen Spielanlagen wurden aktuelle DIN-Normen als konkrete Grundlagen hinzugefügt. Die entsprechenden DIN-Normen sind für Vorhabentragende im Zuge des Baugenehmigungsprozesses bei der Universitätsstadt Siegen einsehbar.
- § 4 Abs. 3: Es wird eine Konkretisierung der Anzahl der Spielgeräte nach der Größe des Vorhabens vorgenommen, welche sich verglichen mit anderen Kommunen in einem üblichen Rahmen bewegen.
- § 5 Abs. 1: Bezüglich der Erhaltung der Spielflächen wird vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeit eine wöchentliche Reinigung und ein bedarfsmäßiger Austausch des Spielsandes anstatt einem jährlichen Austausch vorgeschrieben. Die Regelung orientiert sich an der Pflege städtischer Spielsandflächen.
- § 6: Neu aufgenommen wird die Abweichungsmöglichkeit im Einzelfall. Dies kann beispielsweise für Entwicklungen im Bestand sinnvoll sein, um die Schaffung von Wohnraum nicht übermäßig zu hemmen. Über Abweichungen entscheidet die Universitätsstadt Siegen nach eigenem Ermessen.

Weiteres Vorgehen:

Nach Beschluss des beigefügten Satzungsentwurfes erfolgt die öffentliche Bekanntmachung. Mit dem Tage nach der Bekanntmachung tritt die Satzung in Kraft und die alte Satzung gleichzeitig außer Kraft.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Die Änderungen der Satzung sind größtenteils redaktioneller Art. Inhaltlich unterscheiden sich die Anforderungen an die Herstellung von privaten Spielplatzanlagen kaum von denen der bisherigen Satzung bzw. von denen der aktuellen BauO NRW. Daher ergibt sich keine Klimarelevanz.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

In Vertretung

gez.

Henrik Schumann
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Satzung über die Beschaffenheit und Größe von Spielplätzen (private Anlagen) für Kleinkinder in der Stadt Siegen

Ordnungsziffer: 67.020
Ratsbeschluss vom 22.11.2023

Zuständigkeit: Abteilung 4/3 Bauaufsicht

Präambel

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. 1994 S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. 2022 S. 490) und des § 89 Abs. 1 Ziffer 3 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Landesbauordnung - (BauO NRW) vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. 2018 S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. 2022 S. 1086) hat der Rat der Universitätsstadt Siegen am 22.11.2023 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Anwendungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für die Spielplätze, die nach § 8 Abs. 4 BauO NRW bei Errichtung von Gebäuden mit mehr als **drei** Wohnungen als Einzelanlagen auf dem Baugrundstück zu schaffen sind oder als private Gemeinschaftsanlagen in unmittelbarer Nähe des Grundstücks geschaffen werden. Die dauerhafte Nutzung des Spielplatzes muss für diesen Zweck öffentlich-rechtlich gesichert sein.
- (2) Die Satzung findet auch Anwendung, soweit bei bestehenden Gebäuden nach § 8 Abs. 4 Satz 3 BauO NRW entsprechende Spielplätze wegen der Gesundheit und zum Schutze der Kinder erforderlich sind. In diesen Fällen können die Anforderungen an Größe und Beschaffenheit der Anlagen (§§ 2 und 4 dieser Satzung) unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten ermäßigt werden.
- (3) Weitergehende Festsetzungen in Bebauungsplänen bleiben unberührt.

§ 2

Größe der Spielplätze

- (1) Die Größe der Spielplatzflächen richtet sich nach Art, Größe und Anzahl der Wohnungen auf dem Baugrundstück. Nach ihrer Zweckbestimmung für ständige Anwesenheit von Kindern nicht geeignete Wohnungen, z. B. solche für Einzelpersonen (Einraumwohnungen, Appartements) oder für ältere Menschen (Altenwohnungen) bleiben der Bestimmung der Spielplatzgröße nach Abs. 2 außer Ansatz.
- (2) Die Größe des nutzbaren Spielplatzes muss zusammenhängend mindestens 30 m² betragen. Bei Gebäuden mit mehr als fünf Wohnungen erhöht sich die Mindestgröße des nutzbaren Spielplatzes für jede weitere Wohnung um je 5 m².

§ 3

Lage des Spielplatzes

- (1) Die Spielplätze sind so anzulegen, dass sie besont, windgeschützt und von Wohnungen der pflichtigen Grundstücke einsehbar sind. Für mehr als zehn Wohnungen bestimmte Spielplätze sollen von Fenstern für Aufenthaltsräume mindestens 10 m entfernt sein. Spielplätze sollen nicht mehr als 100 m von den zugehörigen Wohnungen entfernt sein.
- (2) Spielflächen **einschließlich Zugangsbereichen** sind gegen Anlagen, von denen Gefahren ausgehen können, insbesondere gegen Verkehrsflächen, verkehrs-, betriebs- und feuergefährliche Anlagen, Gewässer, Stellplätze für Kraftfahrzeuge sowie gegen Standplätze für Abfallbehälter so abzugrenzen,

dass Kinder ungefährdet spielen können und auch vor Immissionen geschützt sind. Gegen das Befahren und Abstellen von Kraftfahrzeugen müssen die Spielplätze abgesperrt sein.

§ 4

Beschaffenheit

- (1) Die Oberfläche von Spielplätzen ist so herzurichten, dass Kinder gefahrlos spielen können und die Flächen auch nach Regenfällen benutzt werden können. Spielgeräte dürfen nur über geeignetem, stoßdämpfendem Bodenmaterial nach DIN EN 1176-1:2017-12 Tabelle I.1 errichtet werden. Die DIN-Norm ist bei der Universitätsstadt Siegen einsehbar. Je Wohnung ist mindestens 1 m² als Sandspielfläche herzurichten.
- (2) Spielplätze sollen mit mindestens drei ortsfesten Sitzgelegenheiten ausgestattet sein. Bei Spielplätzen für mehr als fünf Wohnungen ist für je drei weitere Wohnungen eine zusätzliche Sitzgelegenheit zu schaffen.
- (3) Geeignete Spielgeräte gemäß DIN EN 1176 müssen so beschaffen sein, dass sie von Kleinkindern gefahrlos benutzt werden können. Die DIN-Norm ist bei der Universitätsstadt Siegen einsehbar. Zuzüglich der Sandspielfläche sind die Spielgeräte in folgender Anzahl aufzustellen:
 - Gebäude mit mehr als drei Wohneinheiten: mindestens 1 Spielgerät
 - Spielfläche > 100 m²: mindestens 2 Spielgeräte mit unterschiedlicher Spielfunktion
 - Spielfläche > 200 m²: mindestens 3 Spielgeräte mit unterschiedlicher Spielfunktion
- (4) Spielplätze von mehr als 100 m² Größe sollen in einer für Kleinkinder geeigneten Weise, insbesondere durch Bepflanzungen, räumlich gegliedert werden. Bepflanzungen und sonstige der räumlichen Gliederung dienende Einrichtungen sowie Einfriedungen dürfen die nutzbare Mindestgröße der Spielplätze (§ 2 dieser Satzung) nicht einschränken und dürfen keine Gefahren für Kinder in sich bergen. Einfriedungen dürfen nicht aus solchem Material errichtet werden, das zu Verletzungen der Kinder führen kann.

(5) Spielplätze müssen barrierefrei erreichbar sein.

§ 5

Erhaltung

- (1) Spielplätze, ihre Zugänge und Einrichtungen sind in benutzbarem und verkehrssicherem Zustand zu erhalten. Insbesondere ist der Spielsand wöchentlich zu reinigen und nach Bedarf auszuwechseln.
- (2) Spielplätze dürfen nur mit Zustimmung der Universitätsstadt Siegen ganz oder teilweise beseitigt werden.
- (3) Bei öffentlich zugänglichen Spielplätzen haben regelmäßige Kontrollen gemäß DIN EN 1176-7:2020-06 zu erfolgen. Die DIN-Norm ist bei der Universitätsstadt Siegen einsehbar.

§ 6

Abweichungen

Abweichungen von dieser Satzung können in begründeten Ausnahmefällen gemäß § 69 Bauordnung NRW 2018 zugelassen werden, wenn sie mit dem Zweck der jeweiligen Anforderung vereinbar sind. Über die Zulässigkeit von Abweichungen entscheidet die Universitätsstadt Siegen.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

Wer vorsätzlich oder fahrlässig einen Spielplatz

1. von geringerer als der in § 2 festgesetzten Größe errichtet,
2. nicht entsprechend den Vorschriften der §§ 3 und 4 anlegt oder herrichtet,
3. bzw. dessen Zugang oder Einrichtung entgegen § 5 Abs. 1 nicht in benutzbarem und verkehrssicherem Zustand erhält,
4. entgegen § 5 Abs. 2 ohne Zustimmung der Universitätsstadt Siegen ganz oder teilweise beseitigt,
5. nicht gemäß § 5 Abs. 3 regelmäßig kontrolliert,

handelt ordnungswidrig im Sinne des § 86 Abs. 1 Nr. 22 BauO NRW. Auf § 86 Abs. 3 BauO NRW wird verwiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 Ordnungswidrigkeitengesetzes (OWiG) die untere Bauaufsichtsbehörde ist.

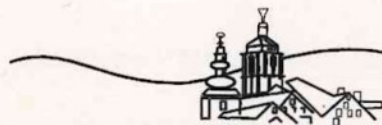
§ 8

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisher gültige „Satzung über die Beschaffenheit und Größe von Spielplätzen (private Anlagen) für Kleinkinder in der Stadt Siegen“ mit Ratsbeschluss vom 09.02.1977 außer Kraft.

Hinweis der Verwaltung:

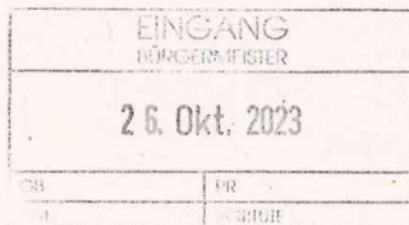
Die Begründung zu TOP 9. öT kann dem verfristet eingegangenen Antrag entnommen werden.



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Vorsitzenden
des Umweltausschusses
Joachim Boller

Rathaus Siegen
Markt 2
57072 Siegen



Bündnis 90/Die Grünen
Im Rat der Stadt Siegen

Markt 2
57072 Siegen

404-1432
gruene@Siegen.de

Donnerstag, 26.10.2023

Antrag zur Sitzung des Umweltausschusses der Stadt Siegen am 07.11.2023

Sehr geehrter Herr Boller,
sehr geehrte Damen und Herren im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie am 07.11.2023 zu setzen und zu beraten.

Thema:

Umsetzung des novellierten Verpackungsgesetzes

und sich daraus ergebenden Pflicht zu Mehrwegangeboten ab dem 01.01.2023 für Letztvertreiber*innen von Einwegkunststofflebensmittelverpackungen und Einweggetränkebechern in der Universitätsstadt Siegen.

Sachstandsbericht der Verwaltung

Begründung:

Zum 01.01.2023 sind allen Letztvertreibern, die Essen und Getränke zum Mitnehmen verkaufen, verpflichtet, ihre Produkte auch in Mehrwegverpackungen anzubieten. Hiervon sind u.a. Restaurants, Bistros und Cafés, aber auch Kantinen, Tankstellen, Supermärkte oder Cateringbetriebe betroffen. Von der Pflicht ausgenommen sind lediglich kleinere Geschäfte wie Imbisse und Kioske, in denen insgesamt fünf Beschäftigte oder weniger arbeiten und die gleichzeitig eine Ladenfläche von nicht mehr als 80 Quadratmetern haben. Diese Betriebe müssen aber die Möglichkeit anbieten, mitgebrachte Mehrwegbehälter zu befüllen zu lassen.

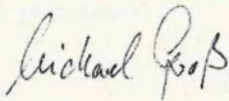
Kommunen können das Gesetz nur begrüßen, da es dazu beiträgt die Vermüllung in unseren Städten und Landschaft durch Einwegverpackungen (ToGo) einzudämmen.

Das novellierte Verpackungsgesetz muss daher konsequent umgesetzt werden, damit es seine Ziele erfüllen kann. Die Veröffentlichungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DstGB)

beispielsweise bestätigen auch unseren Eindruck hier bei uns, dass es mit der Umsetzung dieses Gesetzes allerdings noch hapert.

Daher möchten wir über die Sachstände der Umsetzung des Gesetzes, wie z.B. der Unterstützung der Betriebe in der Umsetzung, der Öffentlichkeitsarbeit und der Überwachung in Siegen zur Diskussion bringen, um festzustellen wie die Zielerfüllung des Gesetzes in Siegen beurteilt werden kann. Möglicherweise ergeben sich daraus weitere notwendige Schritte, die zu beraten und abzustimmen wären.

Mit freundlichen Grüßen,
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen



Michael Groß
Fraktionsvorsitzender
Mitglied des Umweltausschusses

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Umwelt
Bearbeitet von: Frau Selter, Frau Bergholz

Siegen, 10.10.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

07.11.2023

Kurzbezeichnung:

**Sitzung der städtischen Baumkommission am 26.09.2023;
hier: Beschlussempfehlungen der Baumkommission**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie des Rates der Stadt Siegen nimmt die Beschlussempfehlungen der Baumkommission zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

In der beiliegenden Niederschrift sind die von der städtischen Baumkommission in ihrer Sitzung am 26.09.2023 getroffenen Empfehlungen zur weiteren Behandlung städtischer Bäume und Gehölzflächen aufgeführt.

Die Niederschrift wird hiermit gemäß § 6 Absatz 4 der „Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Siegen“ vom 16.06.1998 (Baumschutzsatzung) in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 19.07.2006 dem Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie des Rates der Stadt Siegen zur Kenntnis gegeben.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Gebers

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Protokoll BK vom 26.09.2023](#)
2. [Anlage TOP 2 - Mitteilung der Verwaltung](#)
3. [Anlage TOP 11 - Modifizierung der Baumschutzsatzung](#)

N i e d e r s c h r i f t
über die 9. Sitzung der städtischen Baumkommission
am 26.09.2023

Sitzungsort: Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17.00 Uhr

Ende der Sitzung: 18.30 Uhr

Teilnehmer:

Herr Klaas	-	CDU
Herr Wüst	-	Bündnis 90/Grüne
Herr Schneider	-	FDP
Herr Englert	-	UWG
Frau Sting	-	GfS
Frau Simon	-	AfD
Frau Six	-	LKB
Herr Gebers	-	Abt. 4/7 - Umwelt
Frau Bergholz	-	Abt. 4/7 - Umwelt
Herr Heitze	-	Abt. 4/6-4 - Grünflächen
Frau Schmiedel	-	Abt. 4/4-1 – TGW

Zunächst erfolgte die Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Klaas.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02.02.2023 und 27.03.2023

Die Niederschrift vom 02.02.2023 lag nach Auskunft von Herrn Klaas nicht vor, bzw. war nicht über das SD einsehbar. Sie soll zur nächsten Sitzung nachgereicht und dann verabschiedet werden.

Die Niederschrift über die Sitzung der Baumkommission vom 27.03.2023 wurde einstimmig genehmigt.

TOP 2 Mitteilung der Verwaltung

Herr Heitze informierte darüber, dass Pflege- und Verjüngungsmaßnahmen, bei denen keine geschützten Bäume betroffen sind, in der kommenden Fällsaison vorgenommen werden sollen. Eine Liste der Maßnahme ist diesem Protokoll beigelegt.

TOP 3 Thuja, Dr.-Ernst-Straße 19 (ehem. Realschule „Am Häusling“)

<i>Baumart</i>	<i>Begründung</i>	<i>Empfehlung</i>	<i>Ersatzpflanzung</i>
Thuja	Die ehem. Realschule soll zu einer 3-zügigen Grundschule und die Musikschule umgebaut und erweitert werden. Durch diese Maßnahmen stehen der Grundschule nur noch 1.725m ²	Fällung des Baumes Dafür: einstimmig	3 ortstypische Laubbäume auf dem Schulhof

	Schulhofffläche zur Verfügung. Aufgrund der geplanten Errichtung eines Spielbereichs mit Spiel- und Klettergeräten ergeben sich gem. DIN EN 1176 und 1177 Abstandsflächen und Fallschutzbereiche, denen der Baum im Weg steht. Des Weiteren können aufgrund der Toxizität des Baumes durch den Pflanzensaft bei Kindern Hautirritationen und Ausschlag verursacht werden. Trockenheit bereitet der flachwurzelnenden Thuja Probleme, sodass bei Extremwetterereignissen die Standsicherheit gefährdet werden kann.		
--	--	--	--

TOP 4 **Douglasie, Friedhof Stockweg**

<i>Baumart</i>	<i>Begründung</i>	<i>Empfehlung</i>	<i>Ersatzpflanzung</i>
Douglasie	Trockenschäden, Baum stirbt ab	Fällung des Baumes Dafür: einstimmig	1 Tulpenbaum 1 Vogel-Kirsche vor Ort

TOP 5 **Spitz-Ahorn, Am Anger (Fußweg)**

<i>Baumart</i>	<i>Begründung</i>	<i>Empfehlung</i>	<i>Ersatzpflanzung</i>
Spitz-Ahorn	Großflächige Rindennekrosen, kaum Wundholzbildung, vermehrt Totholzbildung, kaum noch Versorgung der Krone, Weißfäule	Fällung des Baumes Dafür: einstimmig	1 Schwed. Mehlbeere vor Ort

TOP 6 **Schwedische Mehlbeere, Am Lohgraben**

<i>Baumart</i>	<i>Begründung</i>	<i>Empfehlung</i>	<i>Ersatzpflanzung</i>
Schwedische Mehlbeere	Kontrolle mittels Arbeitsbühne, Zwiesel ist auffällig, vorhandene Weißfäule, Rindennekrosen voranschreitend. Gefährdung durch Bruch am Stammkopf aufgrund von Weißfäule.	Fällung des Baumes Dafür: einstimmig	1 Schwedische Mehlbeere am Lohgraben.

TOP 7 Berg-Ahorn, Oberes Schloss, Am alten Friedhof

<i>Baumart</i>	<i>Begründung</i>	<i>Empfehlung</i>	<i>Ersatzpflanzung</i>
Berg-Ahorn	Der Baumgutachter hat am 07.02.2023 die Fällung im Herbst 2023 empfohlen. Keine neuen Zuwächse erkennbar, Rindennekrosen im Zwieselbereich, Starkastausbrüche in der Vergangenheit, Kappingsstellen in der Krone werden nicht mehr kompensiert. Bruchgefahr am Stammkopf (Krone überragt Spielbereich).	Fällung des Baumes Dafür: einstimmig	1 Ungarische Eiche vor Ort 1 Ungarische Eiche im Bereich Heidenbergstraße

Herr Wüst merkte an, dass es Sinn machen würde, vor Ort wieder einen Berg-Ahorn zu pflanzen, da die Baumreihe insgesamt aus Berg-Ahornen besteht. Herr Heitze sagte zu, dies in der Abteilung abzuklären und das Ergebnis dem Protokoll beizufügen.

**TOP 8 Spitz-Ahorn, Eiserfelder Straße 418, Parkplatz Hallenbad
- Dringlichkeitsentscheidung vom 09.05.2023**

<i>Baumart</i>	<i>Begründung</i>	<i>Empfehlung</i>	<i>Ersatzpflanzung</i>
Spitz-Ahorn	Der Baum steht in der Feuerwehr-Umfahrt der geplanten Kindertagesstätte.	Fällung des Baumes wurde zur Kenntnis genommen.	1 Ahorn im Bereich Eiserfeld

TOP 8a Spitz-Ahorn, Böschung Siegerlandhalle (Tischvorlage)

<i>Baumart</i>	<i>Begründung</i>	<i>Empfehlung</i>	<i>Ersatzpflanzung</i>
Spitz-Ahorn	Massiv voranschreitender Befall eines holzersetzenden Pilzes! Die Statik des Baumes ist nicht mehr einschätzbar. In der Krone erkennbare Rindenschäden an einem absterbenden Starkast. Der Ahorn steht an einem Fußweg unterhalb der Kindertagesstätte.	Fällung des Baumes Dafür: einstimmig	2 Laubbäume im Stadtgebiet

Herr Englert fragte, ob an dieser Stelle Naturverjüngung stattfindet, da die Ersatzpflanzungen nicht vor Ort vorgesehen seien. Herr Heitze informierte, dass die Bepflanzung dort dicht sei, und es sofort wieder zu Kronenschluss käme. Eine Ersatzpflanzung an gleicher Stelle erscheine ihm wenig sinnvoll.

TOP 9 Bezuschussung von Pflegemaßnahmen an besonders schutzwürdigen privaten Großbäumen
hier: Rot-Buche, Stettiner Straße

<i>Baumart</i>	<i>Begründung</i>	<i>Empfehlung</i>
Rot-Buche	Der Baum wächst in den Straßenraum hinein. Insgesamt ist eine Pflegemaßnahme gemäß ZTV Baumpflege, nicht zuletzt aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht und Wiederherstellen des Lichtraumprofils notwendig. Durch seine Größe und Gestalt ist er sehr prägnant und straßenbildprägend.	Die Baumkommission stimmt einstimmig dafür, die Pflegemaßnahme mit der vorgeschlagenen Zuschusshöhe von 250 Euro

TOP 10 Bezuschussung von Pflegemaßnahmen an besonders schutzwürdigen privaten Großbäumen
hier: Blut-Buche, Höllenwaldstraße

<i>Baumart</i>	<i>Begründung</i>	<i>Empfehlung</i>
Blut-Buche	Der Baum wächst in den Straßenraum hinein. Zudem weist er einen relativ hohen Anteil an Totholz auf. Insgesamt ist eine Pflegemaßnahme gemäß ZTV Baumpflege, nicht zuletzt aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht und Wiederherstellen des Lichtraumprofils notwendig. Durch seine Größe und Gestalt ist er sehr prägnant und straßenbildprägend.	Die Baumkommission stimmt einstimmig dafür, die Pflegemaßnahme mit der vorgeschlagenen Zuschusshöhe von 200 Euro

TOP 11 Diskussion über Modifizierung der Baumschutzsatzung (s. Anlage)

Herr Klaas leitete diesen Tagesordnungspunkt ein und betonte, dass die Verwaltung zunächst, wie in einer der vorherigen Sitzung bereits angesprochen wurde, mit der Baumkommission über einige Veränderungen der Baumschutzsatzung ins Gespräch kommen wolle. Herr Gebers konkretisierte, dass aufgrund klimatischer Veränderungen, sowie Fragestellungen und Anregungen im Arbeitsalltag dazu führen, die Baumschutzsatzung an der einen oder anderen Stellen zu modifizieren und aktualisieren.

Frau Bergholz erörterte anhand einer Power-Point-Präsentation die Vorschläge der Verwaltung, die im Anschluss diskutiert wurden. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt. Die Baumkommission bat darum, zur nächsten Sitzung die Themen Aufnahme von Birken und Pappeln als geschützte Bäume in die Baumschutzsatzung sowie Dach- und Fassadenbegrünungen als Ersatz für Baumfällungen zu konkretisieren, um die Diskussion dann weiter fortzusetzen. Ziel sei es, im Frühjahr die Neufassung der Baumschutzsatzung in den zuständigen Gremien zu verabschieden, damit sie in der Fallsaison 2024/2025 zum ersten Mal zur Anwendung kommen kann.

TOP 12 Verschiedenes

Frau Bergholz stellte eine geschützte private Buche im Brüderweg vor, die eines Pflegeschnittes bedarf. Hier wurde seitens der Nachbarin, die von überhängenden, teils trockenen Ästen die Frage an die Umweltschutzabteilung herangetragen, ob es Aussicht auf Förderung auf Pflegemaßnahmen an geschützten privaten gäbe. Die Baumkommission hält eine Unterstützung nach Antragsstellung für möglich.

Herr Heitze beantwortete nach Rückfrage von Herrn Englert die Frage, wie die Grünflächenabteilung mit Holzschnitt und Brennholzverkauf verfährt.

Herr Wüst erkundigte sich, ob inzwischen die Ersatzpflanzungen für die gefälltten städtischen Bäume der Baumkommission bzw. im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie (AfUKE) vorgestellt wurden. Da dies noch nicht geschehen sei, bat er die Grünflächenabteilung nochmals darum, dies zeitnah vornehmen.

Siegen, den 05.10.2023

gez.

Kerstin Bergholz
Protokollführerin

gez.

Henner Klaas
Vorsitzender

TOP 2

Mitteilung der Verwaltung

Mitteilung der Verwaltung an die Mitglieder der städtischen Baumkommission über anstehende Pflege- und Verjüngungsschnittmaßnahmen in stadteigenen Anlagen unterschiedlichster Art. Es sind im Rahmen der durchzuführenden Arbeiten keine Bäume mit einem Umfang von ≥ 100 cm bei Laubbäumen bzw. ≥ 120 cm bei Nadelbäumen betroffen.

Einzelmaßnahmen, Standort

Siegerlandhalle, Hang
Hundsbergstraße 111-Carl-Dresler-Straße 29
Gymnasium Auf der Morgenröthe
Bromberger Straße, Garagen
Am Eichert, Spielplatz
Alte Dreisbach-Straße, Spielplatz
Hubenfeldstraße, Fußweg bis Zaun
Goldammerweg, Skateranlage
Höllenwaldstraße, Waldstraße 4, Burgschule
Bühlstraße, bei Brücke Eiserfeld
Wilhelm-Siebel-Weg
In der Wehbach, Spielplatz
Am Freibad, Straßenränder
Im Wiesengrund, Böschung ab Muldenweg
Zur Schönen Aussicht
Bonifatiusweg, Fußweg
Am Grünen Löwen, Leitplanke
Am Johannesberg 28
Grabettstraße 152-162
In der Tal
Rinsdorfer Straße 31
Bühlstraße 62
Am Findling 3
Koblenzer Straße, P+R-Parkplatz
Koblenzer Straße 185, Bunker Siegerlandhalle
Ählskopf 2
Oranienpark
Leimbachstraße 3, Böschung zum Wald

Hainer Hütte, Hainer Weg
Donzenbachstraße 6
Stöckerstraße 50, PPR-Gymnasium
Fludersbach 47-103
Löhrtor 10
Diesterwegschule
Realschule Am Häusling
Grünzug Winchenbach
Werkstatt Fludersbach, Friedrich-Wilhelm-Straße
Untere Metzgerstraße 35-52
Grüner Pfuhl
Martinikirche
Heidenbergstraße, Spielplatz
Im Drottental, altes Rathaus Eiserfeld
Rundturnhalle, Sportanlage Zaun
Siegtalstraße 184, Weg zur Sieg
Waldesruh, Bolzplatz
Vor der Hohler 19, Wertstoffdepot
Heinrich-Hebel-Straße 3, Buschelder Weg
Eiserntalstraße 185
Bühlstraße 33, Wertstoffdepot
Schubertstraße 5, ehemaliger Spielplatz
Am Siegenstein 9
Karl-Barth-Straße 18, Böschung zum Bach
Eiserntalstraße 110, Mauer Eisernbach
Gilbergstraße 85-91
Eiserfeld, Sportplatz und Freibad
Richerfeldschule
Auf der Alm 39
Flußbergstraße 34
Fischbacherbergschule, Schulgelände, Sportanlage und Randbereich Kleingartenanlage
Hochseilgarten Fischbacherberg einschl. Edith-Langner-Anlage
Johanneshütte 17-31, gegenüber
Dillenburger Straße 89, Wendeplatz, Fußweg zur Wetzlarer Straße
Kohrweg, Randbereiche, Am Brünkel bis Gustav-Gontermann-Weg
Kolpingstraße 35, Bertha-von-Suttner-Schule, Sportplatz
Olper Straße, Am Kirchenbäumchen, Grünzug
Am Birlenbach 15, gegenüber, Parkplatz
Breitscheidstraße 2-2b
Breitscheidstraße 33, Hüttentalschule, Pavillon und Bolzplatz
Stormstraße 23, Bolzplatz

TOP 11: Modifizierung der Baumschutzsatzung

Übersicht über geplante Veränderungen der städtischen Baumschutzsatzung

§3 Geschützte Bäume

§6 Ausnahmen und Befreiung „PV-Problematik“

§7 Ersatzzahlungen, Ausgleichspflanzungen

Anhang Auswahlverzeichnis

TOP 11: Modifizierung der Baumschutzsatzung

§3 Geschützte Bäume

(3) Nicht unter die Satzung fallen Obstbäume mit Ausnahme von Walnussbäumen, Fichten, *Birken, **Pappeln sowie ***Baumarten, deren Kronen durch Veredelung gezüchtet wurden.

Vorschlag der Verwaltung:

§3 Geschützte Bäume

(3) Nicht unter die Satzung fallen Obstbäume mit Ausnahme von Walnussbäumen, Fichten.

*Sand- und Moorbirke zählen zu den von Insektenarten beliebtesten Baumarten. Neben Eichen und Weiden gehören sie zu den am stärksten genutzten einheimischen Baumarten. Zudem stellt die Birke als Pioniergehölz derzeit eine oft aufkommende Baumgattung auf ehemaligen Fichtenwaldstandorten dar.

**Pappeln erreichen eine enorme Größe und sind für das Mikroklima wertvoll. Bei Hybrid-Pappel besteht Bruchrisiko. Diese sind in der Bewertung als kritisch zu betrachten.

***z.B. sind rotlaubige Bäume immer veredelt.

TOP 11: Modifizierung der Baumschutzsatzung

Blut-Buchen sind immer veredelt.



Otto-Brenner-Straße



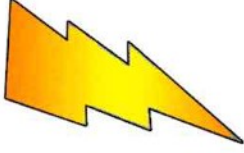
Bismarckstraße

TOP 11: Modifizierung der Baumschutzsatzung

§6 Ausnahmen und Befreiungen - PV-Problematik

Erneuerbare-Energien-Gesetz

Gemäß §2 EEG kommt dem Ausbau von erneuerbaren Energien ein überragendes öffentliches Interesse zu



Kommunale Baumschutzsatzungen

§1 Baumschutzsatzung Stadt Siegen
Klima- und Artenschutz

- Bäume binden langfristig CO₂
- Die Verdunstung durch die Blätter führt zur Abkühlung
- Kühlung durch Verschattung
- Bäume binden Feinstaub
- Blätter absorbieren Lärm
- Bäumen bieten unterschiedliche Lebensräume (Artenvielfalt)

Vorschlag der Verwaltung:

Verbleib bei Einzelfallentscheidungen und zunächst keine Veränderung des §6.

TOP 11: Modifizierung der Baumschutzsatzung

§7 Ersatzpflanzungen, Ausgleichszahlungen

(5) Die Höhe der Ausgleichszahlungen bemisst sich nach dem Wert des Baumes, mit dem ansonsten eine Ersatzpflanzung erfolgen müsste (Absätze 1-3), zuzüglich einer Pflanzkostenpauschale von 30% des Netto-Erwerbspreises.

Bis jetzt 150,- Euro

Vorschlag der Verwaltung:

(5) Die Höhe der Ausgleichszahlungen bemisst sich nach marktüblichen Preisen für Lieferung und Pflanzung eines heimischen Laubbaumes mit dem Stammumfang 16/18 cm auf einer privaten Gartenfläche. Eine Markterkundung erfolgt in regelmäßigem Turnus von zwei Jahren. Die Höhe der Ausgleichszahlung kann dieser jeweils angepasst werden.

Nach aktueller Marktsstudie: 600,- Euro

TOP 11: Modifizierung der Baumschutzsatzung

§7 Ersatzpflanzungen, Ausgleichszahlungen

Von den Regelungen der Absätze 1 und 5 können in besonders begründeten Fällen Ausnahmen zugelassen werden.

Dies ist z.B. bei Bebauungsplänen der Fall, in denen aufgrund einer vorangegangenen ökologischen Eingriffsbilanzierung auch die Entfernung geschützter Bäume durch festgesetzte Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ausgeglichen werden soll.

Hierzu zählt auch, wenn eine qualitativ hochwertige Dach- oder/und Fassadenbegrünung vorgenommen werden soll. Diese muss jedoch in Art und Umfang den entfernten Baum in vollem Maße ersetzen. In jedem Fall müssen die Belange des Baumschutzes (§1 Gegenstand der Satzung) gewahrt bleiben.

*** Vorschlag der Verwaltung**

TOP 11: Modifizierung der Baumschutzsatzung

Ergänzung des Auswahlverzeichnisses um folgende Bäume:

I. Größere Bäume:

Aesculus hippocastanum (Roßkastanie)
Juglans regia (Walnuss)
Robinia pseudoacacia (Robinie)

II. Kleinere Bäume:

Alnus cordata (Herzblättrige Erle)
Alnus glutinosa (Schwarz-Erle)
Crataegus ,Carrierei' (Apfeldorn)
Fraxinus ornus (Blumen-Esche)
Liquidambar styraciflua (Amberbaum)
Ostrya carpinifolia (Gewöhnliche Hopfenbuche)
Populus tremula (Zitter-Pappel, Espe)
Sorbus aria (Mehlbeere)
Sorbus aucuparia (Vogelbeere)
Sorbus domestica (Speierling)
2 Obstbäume als Hochstamm (STU 10/12)



Quercus robur Fastigata Koster

Quelle: Bruns Pflanzenkatalog

Sehr schmal wachsende Sorten wie z.B. Säulen-Eiche gelten nicht als Ersatzpflanzung!!

Mündlicher Bericht der Stabsstelle Klimaschutz zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Energie am 07.11.2023

- Die Zusammenarbeit mit dem beauftragten Büro Sinnogy GmbH zur Beantragung und Durchführung der **BEW – Machbarkeitsstudie Martinshardt II** erfolgt bisher erfolgreich und fristgerecht. Die Förderung des Moduls 1 wurde erfolgreich eingereicht. Sobald der Bewilligungsbescheid vorliegt, muss der nächste Teilauftrag an Sinnogy GmbH erfolgen. Mögliche, inhaltliche Abstimmung mit Projekt von der Firma SPG Steiner (Next Energy Campus) wurden vereinbart.
- Der Förderantrag über die NKI Kommunalrichtlinie wurde gestellt (ZUG braucht Kontaktadresse für Nachforderung, Bescheid, etc.); SVB/ GWI-Vorarbeiten nicht betroffen Kommunale Wärmeplanung
- Der **Förderantrag zu „Maßnahmen des Natürlichen Klimaschutzes und naturbasierten Lösungen“ (kurz: Einrichtung Klimafolgenanpassungsmanagement)** gemäß der „Förderrichtlinie Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (DAS)“ wurde in seiner fast finalen Version durch den Cyberangriff unzugänglich gemacht. Das Förderfenster schließt am 31. Januar 2024. Aktuell warten wir noch auf potentielle Datenrettung, um, wenn nötig, den Förderantrag (Vorhabenbeschreibung, Kostenplan) erst Mitte Januar nochmal neu erstellen zu müssen. Vor Hackerangriff wurden Richtpreisangebote bei fünf Dienstleistern angefragt, Antworten sind jedoch nicht bekannt.
- Die kommunalen Daten zu Gebäude und SBL (2020/2021) für die **CO₂-Bilanz** wurden an den Kreis übermittelt (ob diese vor dem Angriff im Klimaschutzplaner eingegeben wurden, ist der Stabsstelle bisher nicht bekannt).
- Die Erstellung des Fahrplans **„Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040“** läuft zielführend. Alle ausgewählten Gebäude sind inzwischen begangen und erfasst. Viele Daten liegen den Energielenkern vor.
- Der Förderantrag über das EFRE-Programm **„Energieeffizienz – Senkung von Treibhausgasemissionen - Energieeffiziente Gebäude“** für das „Hallenbad Eiserfeld“ konnten trotz der Widrigkeiten, dank des Einsatzes der ZGW, eingereicht werden.
- Die **PV-Potenzialstudien für 12 kommunalen Gebäude** über progresNRW liegen vor und werden, wie im vorletzten AfUKE mitgeteilt, bearbeitet. Die Studien müssen selbstverständlich neu angefordert werden, sind aber abgerechnet. Etwaige Verzögerungen aufgrund des Cyberangriffs sind sehr wahrscheinlich.
- Die Öffentlichkeits- und Bildungskampagne **„Ofenführerscheine der Ofenakademie für Sieger Bürgerinnen und Bürger“** wird kurzfristig trotz der Situation anlaufen (über Papier PM, Not-Homepage, Social Media). Alles weitere wird über die Stabsstelle mit der Ofenakademie abgewickelt.
- Die langjährigen, obligatorischen **Unterrichtseinheiten an den Sieger Grundschulen zur Umweltbildung in Sachen Klimaschutz- und folgenanpassung** muss aufgrund der Situation ausgesetzt werden. Wenn möglich, wird dies kurzfristig nachgeholt.

- Der Auftakt zum Projekt „**Ökoprofit**“ wurde durch den Kreis Siegen-Wittgenstein verschoben. Die Wirtschaftsförderung und die Stabsstelle Klimaschutz der Stadt Siegen unterstützen bei der Ansprache von Siegerner Unternehmen.
- „**Klimaschutz- und Klimaanpassungsprogramm**“ der Stadt Siegen musste aufgrund des Cyberangriffs für die letzten zwei Wochen der Laufzeit ausgesetzt werden. Der Großteil der bisher eingegangenen Anträge wurde beschieden (→ hier stehen aufgrund der Monatsfrist bei nicht eingereichtem Rechtsmittelverzicht noch einige Auszahlungen aus (ca. 60-70)). Bei 22 der ca. 680 gestellten Anträge ist die Prüfung aufgrund fehlender Nachweise noch offen. Einen Startzeitpunkt für 2024 zu benennen ist aktuell nicht möglich.
- Das Besetzungsverfahren zur Stelle **kommunales Mobilitätsmanagement** geht in die vierte Runde und wird vorbereitet.
- Das dritte **Regionalforum** „Abwärmenutzung“ in Kooperation mit IHK, efa, e4c, Handwerkskammer, Kreis und dem Energieverein Siegen-Wittgenstein e.V. musste aufgrund von wenigen Anmeldungen abgesagt werden.
- Die Geschäftsführung des **Energieverein Siegen-Wittgenstein e.V.** hat eine Multiplikatoren Schulung mit den Akteuren der **Energiehilfe 57** durchgeführt und drei öffentliche Beratungsveranstaltungen organisiert und durchgeführt.